



Stunde Null Katalonien-

Wie es zum Ausbruch der aktuellen Krise in Spanien kam

Nawid Farajzadeh

Januar
2018



Einleitung

2017 hat sich für die Europäische Union nahtlos in die Liste ereignisreicher Jahre dieses Jahrzehnts eingefügt. Insbesondere der Konflikt um die Unabhängigkeit der spanischen Autonomregion Katalonien eskalierte auf eine zuvor kaum vorstellbare Art und Weise. Das Phänomen einer von der Politik unterstützten Massenbewegung, welche ausschließlich mit friedlichen Mitteln auf ihr vermeintliches Recht zur Durchführung einer Abstimmung über die Gründung einer eigenen Nation beharrte, hatte Europa in seiner Geschichte in dieser einzigartigen Ausformung nicht erlebt. Das internationale Echo war zugleich geprägt von Skepsis gegenüber den politischen Zielen sowie Sympathie für die Vorgehensweise dieser außerhalb von Spanien bisher recht unbekanntem Volksbewegung. Die Bewertungen und Analysen aus dem Ausland beschränkten sich dabei überwiegend auf eine Wiedergabe der aktuellen Verhältnisse. Häufig blieb dem interessierten Bürger, möglicherweise infolge der atemberaubenden Geschwindigkeit, mit der sich die Ereignisse überschlugen, eine Reflexion der langfristigen Ursachen dieses unerwartet wuchtig ausgebrochenen Konfliktes verschlossen.

Worin liegt der Konflikt begründet? Wie konnte die aktuelle Bewegung so stark werden? Welchen Anteil tragen Ereignisse in der Vergangenheit und politische Entscheidungsträger hieran? Inwieweit hat die internationale Finanzkrise Auswirkungen auf den Konflikt gehabt? Welche Bedeutung hat das Aufkommen sozialer Medien für die Unabhängigkeitsbewegung? Warum verhalten sich die Ministerpräsidenten Rajoy und Puigdemont so kompromisslos? Hätte die spanische Krone schlichtend intervenieren können? Diese und viele weitere Fragen und Überlegungen bezüglich der eigentlichen Ursachen für die jüngste Eskalation drängen sich Beobachtern bei genauerem Hinsehen auf und sind auf Anhieb weder leicht überprüfbar und noch viel weniger beantwortbar. Im Folgenden soll daher auf diese Fragen eingegangen werden, um den Bezug einer wie auch immer gearteten Meinung aufgrund von fundiertem Wissen um die Entstehung der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung zu ermöglichen.

Entstehung der katalanischen Identität und das Aufkommen erster Separatismusbestrebungen

Mit Abschluss der *Reconquista* im 15. Jahrhundert wurden die Fürstentümer auf der iberischen Halbinsel erstmals unter der spanischen Krone in Madrid zusammengefasst. Sie behielten jedoch ihre Verwaltungsorganisation sowie ihre eigenen Rechtsordnungen. Eines der bedeutendsten Fürstentümer war Katalonien, eine Region im Nordosten des Landes, die sich durch ihre eigene Sprache und einige kulturelle Besonderheiten auszeichnete. Katalonien gehörte zu den wenigen Fürstentümern, welche das Privileg besaßen, eine eigene Ständeversammlung abzuhalten.

Im Zuge des Spanischen Erbfolgekrieges, welcher mit der vierzehnmonatigen Belagerung und dem Fall der Stadt Barcelona im Jahre 1714 endete, wird die Selbstverwal-



tungskompetenz allerdings aufgehoben und die katalanische Sprache erstmalig offiziell verboten. Es kommt zum Bruch der katalanischen Bevölkerung mit der Krone unter der Dynastie der Bourbonen, welche noch heute die spanische Königsfamilie stellt. Die Unterdrückung der eigenen, katalanischen Kultur wird seither mit der spanischen Monarchie unwiederbringlich in Verbindung gebracht.

Mit dem Einsetzen der Industrialisierung im 19. Jahrhundert und der Entstehung eines wohlhabenden katalanischen Bürgertums vor allem in Barcelona wird indes der Ruf nach politischer Mitbeteiligung im zentralistischen und absolutistischen Spanien laut. So kommt es auch zum Wiederaufleben der katalanischen Kultur und Sprache, der sog. *Renaixença*, die zunächst im Verborgenen stattfindet. Im Jahre 1886 wird dann der 11. September, jenes Datum, an dem sich die Einwohner Barcelonas den belagernden spanischen und französischen Truppen im Jahre 1714 ergaben, erstmalig öffentlich als katalanischer Nationalfeiertag zelebriert. In der Folge überträgt sich allmählich das Verständnis einer eigenständigen, von Spanien zu unterscheidenden katalanischen Identität vom Bildungs- und Besitzbürgertum auf die einfache Bevölkerung. Hierbei werden zuerst Forderungen nach Aufhebung des offiziellen Verbots der katalanischen Sprache sowie nach der Wiedererlangung des Rechts zur Selbstverwaltung und später sogar nach Autonomie und Unabhängigkeit laut. Die Bemühungen der Regionalpolitiker, welche durch das neue Selbstbewusstsein der Bevölkerung Kataloniens begünstigt werden, bleiben nicht erfolglos. Im Jahre 1913 wird das Verbot des Katalanischen aufgehoben und der Region einige, wenn auch in eingeschränktem Maße, Selbstverwaltungskompetenzen zugesprochen.

In der Folge entstehen im noch jungen 20. Jahrhundert die ersten politischen Parteien mit der Agenda einer Unabhängigkeit Kataloniens. Diese treten aufgrund der großen wirtschaftlichen Bedeutung der Region mit zunehmendem Selbstbewusstsein in der politischen Öffentlichkeit auf. Als es im Jahre 1931 zum Zusammenbruch der spanischen Monarchie und darauffolgend zu ersten freien Kommunalwahl in Katalonien kommt, geht die Partei ERC, eine die schärfsten Verfechterinnen der Separatismusbewegung, mit der absoluten Mehrheit der abgegebenen Stimmen als Siegerin aus der Wahl hervor. Die Bevölkerung hat nun erstmals ihre Unterstützung der Unabhängigkeitsbewegung in demokratischen Wahlen äußern können. Der Anführer der ERC, Francesc Macià ruft daraufhin am 14. April 1931 „die unabhängige katalanische Republik als Teil der iberischen Föderation“ aus. Unter dem Druck der republikanischen Regierung in Madrid akzeptiert Macià jedoch bereits wenige Wochen später den Status einer Autonomregion in einem föderalen Spanien. Die Autonomievereinbarung sieht die Wiedereinführung der Selbstverwaltung sowie die Einrichtung eines Regionalparlamentes vor. Ferner erhält das Katalanische den Status der Amtssprache der Regionalinstitutionen.

Katalonien im spanischen Bürgerkrieg 1936-1939



Nur fünf Jahre nach Ausrufung der Republik bricht aufgrund innerer Wirren der spanische Bürgerkrieg aus. Reaktionäre nationalistische Kräfte in der spanischen Armee unter dem vom faschistischen Italien und Nazideutschland unterstützten General Francisco Franco putschen gegen die mit knapper Mehrheit gewählte linksrepublikanische Regierung in Madrid. Die Regierung wird hierbei etwa von der Regionalregierung Kataloniens aufgrund ihrer autonomiefreundlichen Politik unterstützt. Da große Teile der Bevölkerung und Teile der Armee die linksrepublikanische Regierung unterstützen, kommt es im Juli 1936 zum Bürgerkrieg. Dieser sollte verheerende Auswirkungen für die Menschen haben. Ein Jahr nach Ausbruch des Bürgerkrieges wird wegen der Gefahr der Einnahme von Madrid durch Nationalisten der Regierungssitz zur Republikanerhochburg Barcelona verlegt. Mit zunehmender Härte der Kriegshandlungen radikalisiert sich jedoch das republikanische Lager: die katalanische Bevölkerung wendet sich vor allem den Verfechtern des Anarchismus als angestrebte soziale Ordnung zu. Der Rest Spaniens gerät hingegen unter dem Eindruck der Waffenlieferungen der Sowjetunion an die Republikaner zunehmend unter Kontrolle der Kommunisten. Grund für diese unterschiedliche Entwicklung ist unter anderem die Kritik führender katalanischer Volksvertreter an der undemokratischen Entscheidungsfindung der kommunistisch-republikanischen Regierung. Doch Katalonien geht im Frühjahr 1939 aufgrund der Offensive an die Nationalisten verloren, in deren Zuge hunderttausende Menschen sterben. Eine Vielzahl katalanischer Politiker, die für Autonomie oder Demokratie eingetreten sind, wird hingerichtet.

Gezielte Unterdrückung katalanischer Kultur im Franco-Regime

Franco verfolgt als neuer Despot Spaniens einen strikt kastilisch-nationalistischen Ansatz, welcher die Existenz sprachlicher bzw. ethnischer Minderheiten nicht vorsieht, so etwa der Katalanischen. Erneut werden die katalanischen Institutionen abgeschafft und das Katalanische im öffentlichen Raum unter Androhung von Gefängnishaft bei Zuwiderhandeln verboten. Sogar der Gebrauch katalanischer Namen und die Abhaltung der heiligen Messe auf Katalanisch werden nunmehr verboten. Nach einiger Zeit wird die Unterdrückung fortgesetzt mit dem Verbot typisch katalanischer Bräuche und Feste. Dies umfasst sogar Tanz- und Ausdrucksformen oder Sportarten. Auch Straßennamen werden umbenannt und Symbole der katalanischen Identität aus der Öffentlichkeit verbannt, wie etwa Statuen auf öffentlichen Plätzen oder Portraits berühmter katalanischer Persönlichkeiten. Die autoritäre Regierung unter Franco wird somit zu einem Sinnbild der Diktatur und Unterdrückung.

Die Bevölkerung bemüht sich, ihr kulturelles Erbe durch mündliche Überlieferung zu erhalten. Einfache Aktionen des zivilen Ungehorsams gegenüber der Staatsmacht, insbesondere gegenüber der franquistisch durchdrungenen Polizei werden zum Alltag. Zum bedeutendsten Symbol des Widerstands werden die Heimspiele des in Rivalität zum Madrider Hauptstadtclub stehenden Fußballvereins FC Barcelona. Mit einem Fassungs-



vermögen von mehr als 100.000 Zuschauern ist es der Staatsmacht im Stadion *Camp Nou* unmöglich, die Einhaltung des Verbots katalanischer Symbolik im öffentlichen Raum durchzusetzen. Fangesänge auf Katalanisch werden zum festen Bestandteil der Heimspiele und zunehmend zum Ausdruck der Opposition gegenüber der Diktatur genutzt. Das bekannteste Ritual ist seither das Skandieren des Ausrufs „*independencia*“ in der Minute 17:14 eines jeden Heimspiels als Erinnerung an die Eroberung der Stadt durch kastilische Truppen im Spanischen Erbfolgekrieg. Der FC Barcelona wird somit in ganz Spanien und Europa als Vorkämpfer für den Antiautoritarismus der Katalanen bekannt, welcher sich nicht nur sportliche Erfolge als Ziel gesetzt hat, sondern auch für politische Rechte eintrat. In diese Entwicklung fügt sich auch die Änderung des Vereinsmottos in den Ausdruck „*mes que un club*“ („mehr als ein Verein“) in den 60er Jahren.

Somit schmelzen aus Sicht der katalanischen Bevölkerung in der Nachkriegszeit die Demokratie- und die Unabhängigkeitsbewegung zusammen.

Einsetzende Entspannung mit Entstehung der Spanischen Demokratie ab Ende der Siebziger

Franco bestimmt 1969 den Enkel des 1931 abgesetzten Königs, Juan Carlos, zu seinem Nachfolger. Als er 1975 verstirbt, wird Juan Carlos I. zum König von Spanien proklamiert.

Der junge König wird vom spanischen Volk als Ziehsohn Francos und damit als Mann des Systems wahrgenommen. Daher ist die Überraschung groß, als dieser erste Schritte zum Umbau Spaniens in eine parlamentarische Monarchie nach westlichem Vorbild unternimmt und hiermit die franquistischen Kräfte, vor allem in der paramilitärischen Polizeieinheit *Guardia Civil*, gegen sich aufbringt. Die *Transición*, der Demokratisierungsprozess in Spanien, führt zur Zulassung der Gründung von Parteien und dem Abhalten der ersten Parlamentswahlen seit über vier Jahrzehnten. Im Zuge dieser Öffnung wird die Ausübung der Kultur und Sprache der Minderheiten im öffentlichen Raum allmählich wieder zugelassen. Im Rahmen der Verabschiedung einer neuen Verfassung durch das neugewählte Parlament erhalten 1978/79 die Regionen Navarra, Katalonien und das Baskenland die Autonomierechte der zweiten Republik zurück. Die Vereinbarungen kommen allerdings unter großem Druck der Franquisten im Parlament zustande, welche der Regierung mit Putsch drohen, falls den Basken und Katalanen zu weitgehende Zugeständnisse gemacht würden. Die Autonomievereinbarungen für das Baskenland sehen eine eigenständige Finanzverwaltung vor, während Katalonien dem gesamtspanischen Fiskus unterstellt wird und damit am Länderfinanzausgleich der spanischen Regionen teilnimmt. Über die Verteilung der Mittel im Finanzausgleich entscheidet der Zentralstaat bis heute allein, die einzelnen Regionalregierungen haben keinen Einfluss auf die Höhe der ihnen zufließenden Mittel oder gar die Verteilungskriterien. Diese Ungleichbehand-



lung gegenüber den baskischen Regionen wird jedoch zu Beginn der Demokratisierung nur von wenigen kritisiert, da die Regionalpolitiker zunächst mit der Restauration der katalanischen Institutionen einen für damalige Verhältnisse großen politischen Erfolg errungen haben.

Die Demokratisierung und die Autonomie wirken befriedend im Hinblick auf den seit Jahrzehnten, wenn nicht Jahrhunderten schwelenden Konflikt zwischen Katalonien und dem Zentralstaat. Das Thema Unabhängigkeit rückt aus dem Fokus der politischen Debatte und wird von den neu gegründeten regionalistischen Parteien und auch von den Fans im *Camp Nou* nicht mehr als Forderung erhoben. Die Demokratiebewegung hat Anfang der achtziger Jahre nach einem halben Jahrhundert des Kampfes und Dafürhaltens ihr Ziel erreicht. Auch der *Catalanismo*, wie die Separatismusbewegung in Katalonien fortan genannt wurde, sollte seine Aufgabe nicht mehr primär in dem Eintreten für Menschenrechte und politische Freiheit sehen, sondern in der Verbesserung der rechtlichen Lage der Autonomen Region Katalonien gegenüber dem spanischen Staat. Selbst die Monarchie, seit Jahrhunderten Sinnbild der Unterdrückung Kataloniens, wird vor dem Hintergrund der von König Juan Carlos I. angestoßenen Reformen kaum noch angeprangert. Die katalanischen Regionalparteien, allen voran die liberalkonservative CiU, welche regelmäßig die größte Fraktion im neuen katalanischen Parlament stellen sollte, formen den *Catalanismo* zu einer politischen Strömung, die, ähnlich wie Regionalbewegungen in anderen Teilen Europas, nationale Identität betont, ökonomische Vorteile für die Region sucht und, wenn nötig, rassistische Ressentiments bedient.

Wiedererstarben der Separatismusbewegung im neuen Jahrtausend

Die Parlamentswahlen des Jahres 2004 gewinnt überraschenderweise die sozialdemokratische PSOE, deren Parteiprogramm unter anderem die Neuverhandlung der Autonomiestatuten mit den baskischen Regionen und Katalonien vorsieht. Argument für die Neuverhandlung der Statuten ist die Tatsache, dass die alten Vereinbarungen mit dem Makel behaftet sind, im spanischen Parlament noch unter erheblichem Einfluss der Franquisten zustande gekommen zu sein. Der nach langwierigen Verhandlungen im Regionalparlament fertiggestellte Entwurf enthält in der Präambel unter anderem die Aussage, dass „Katalonien eine Nation“ sei. Nach Vorbild der baskischen Autonomiestatuten wird Katalonien vollständige Fiskalautonomie gewährt, auch wenn die Region weiterhin am Länderfinanzausgleich teilnehmen soll. Nach Annahme des Entwurfs durch das spanische Parlament wird ein Referendum abgehalten, welches ebenfalls mit einer deutlichen Mehrheit für das Autonomiestatut ausgeht. Kurz zuvor hat die Schwesterpartei der PSOE in Katalonien, die sozialdemokratische PSC, eine mitte-links Regierung mit Hilfe der Unterstützung einiger katalanischer Regionalparteien bilden können, sodass die Vertreter der politischen Linke diesen Erfolg sowohl auf gesamtstaatlicher, als auch auf regionaler Ebene für sich reklamieren können. Während die oppositionelle, konservative



Volkspartei PP unter dem damaligen Oppositionsführer Mariano Rajoy ankündigt, beim spanischen Verfassungsgericht gegen das Autonomiestatut zu klagen, beschließt das bürgerliche Lager in Katalonien einen anderen Weg zu gehen. Der Vorsitzende der CiU, Artur Mas, regt erstmals an, die Forderung nach der Durchführung eines Referendums über die Unabhängigkeit Kataloniens in das Parteiprogramm aufzunehmen, um hiermit verlorengegangene Wählerstimmen bei den nächsten Regionalwahlen zurückzugewinnen und die eigene Wählerschaft besser mobilisieren zu können. Allerdings soll die Partei seiner Ansicht nach nicht für einen gewissen Ausgang werben. Das Ziel dieser populistischen Forderung ist letztlich, sich dauerhaft leichter von politischen Kontrahenten abheben zu können.

Aufhebung der Fiskalautonomie durch das spanische Verfassungsgericht – Initialzündung des heutigen Streits um die Verteilung von Finanzmitteln

Von dem Ausbruch der weltweiten Finanzkrise ab 2008 werden die spanischen Banken, die mit einer beispiellos lockeren Vergabe von Baukrediten die Spekulationsblase in der Immobilienwirtschaft befeuert haben, besonders hart getroffen, sodass die Wirtschaft in vielen kreditabhängigen Branchen in kürzester Zeit zum Erliegen kommt. Innerhalb nur eines Jahres verdoppelt sich die Arbeitslosigkeit in Katalonien auf durchschnittlich 16 % und steigt in den Folgejahren noch bis auf ca. 24 % an. Geplagt von der einsetzenden Wirtschaftskrise wird die Idee eines Unabhängigkeitsreferendums nunmehr ebenfalls von Kommunalpolitikern aufgenommen, welche die unfaire Verteilung von Steuermitteln durch den spanischen Zentralstaat anprangern. Einige Gemeinden kündigen an, unverbindliche Referenden über die Unabhängigkeit auf kommunaler Ebene durchzuführen. In dieser angeheizten Stimmung wird die von der PP unter Rajoy 2006 eingereichte Klage gegen das Autonomiestatut von 2006 vom Verfassungsgericht im Juni 2010 einer Entscheidung zugeführt. Das Gericht kassiert einige Artikel ganz oder teilweise, darunter etwa die Präambel mit der umstrittenen Aussage, „Katalonien sei eine Nation“. Das Urteil löst bei vielen Katalanen große Empörung aus. Schon wenige Tage nach der Verkündung des Urteils gehen in Barcelona etwa eine Million Menschen auf die Straße, um gegen die Entscheidung zu demonstrieren. Die Proteste nehmen zunehmend Fahrt auf und die nun entstehende Bewegung hat bald nicht mehr den Charakter einer ausschließlich nationalen Bewegung. Vielmehr werden auch wirtschaftliche und vor allem soziale Reformen angesprochen, die den Auswüchsen des Finanzkapitalismus, der die Region, Spanien und ganz Europa erst in die Krise gestürzt habe, Einhalt gebieten soll. Der wichtigste Schlachtruf der Protestler ist seitdem „Espanya ens roba“ („Spanien bestiehlt uns“). Zeitgleich kann die regionalistische CiU unter ihrem Spitzenkandidaten Artur Mas die Regionalwahlen im November 2010 gewinnen, womit erstmals seit Ende der Diktatur das Amt des katalanischen Regierungschefs von einem Befürworter eines Unabhängigkeitsreferendums übernommen wird. In der Folge fangen hunderte Kommunen in Katalonien an, die bisher nur geplanten Unabhängigkeitsreferenden



durchzuführen, womit dem bisher politisch nicht sonderlich wahrgenommenen Thema eine neue Brisanz verliehen wird. Die Zentralregierung kritisiert zwar die Abstimmungen als verfassungswidrig, geht jedoch nicht so weit, diese zu verbieten oder gar aktiv zu verhindern. Durchaus sieht die spanische Verfassung nicht die Möglichkeit der Separation eines Landesteils vor, ist sie doch ebenfalls wie die alten Autonomiestatuten unter Putschdrohungen der alten franquistischen Kräfte zustande gekommen. Eine Verfassungsänderung würde indes eine Zwei-Drittel-Mehrheit in beiden Kammern des Parlaments erfordern. Die letzte Kommunalabstimmung wird schließlich im April 2011 durchgeführt. Unter dem Eindruck der grassierenden Wirtschaftskrise und einer Jugendarbeitslosigkeit von fast 50 % gerät das Ziel der Referenden langsam wieder aus dem Fokus der katalanischen Öffentlichkeit.

Erst im Verlauf der Krise, als die konservative PP unter Rajoy Ende 2011 einen deutlichen Wahlsieg erringen kann und damit die Initiatoren für das Urteil vom Vorjahr in Madrid an die Macht kommen, erhält der *Catalanismo* wieder mehr Beachtung in der Bevölkerung. Kundgebungen, Sit-ins, Protestmärsche gegen die Regierung und die soziale Ungerechtigkeit werden zum Alltag in Katalonien, kommen jedoch auch vermehrt im Rest des Landes vor.

Aus dem vor wenigen Jahren noch vorherrschenden, regionalistisch geprägten *Catalanismo* mit nationalistisch-konservativem Charakter wird eine soziale Bewegung, die für tiefgreifende Reformen am System eintritt. Dazu zählt nach Ansicht der führenden Vertreter der Bewegung der Kampf gegen den Kapitalismus, der durch das bisherige Gefüge von Nationalstaaten in Europa begünstigt wird, indem diese durch Steuerwettbewerb und Lohndumping ohne Rücksicht auf das Wohl der eigenen Bevölkerung um die Gunst internationaler Großkonzerne buhlen. Ein modernes, faires, ökologisch nachhaltiges Europa der Regionen und Konföderationen, eine Art Demokratie 2.0, das die Nationalstaatlichkeit, ein vermeintliches Relikt des 19. Jahrhunderts, überwunden hat, wird als Ziel ausgegeben. Die Katalanen entdecken Ihre sozialrevolutionäre Ader, die unter dem Franco-Regime so erbarmungslos trockengelegt wurde, wieder. Durchaus haben weiterhin gemäßigte Kräfte, die den *Catalanismo* wirtschaftsliberal und identitär interpretieren, großen Anteil an der Bewegung. Diese liberalkonservative Strömung, die aus Angst vor wirtschaftlichen Einbußen im Hinblick auf die Konfrontation mit Spanien gespalten ist, wird in der Folge jedoch von der Volksbewegung regelrecht „überrollt“. So verknüpfen zunächst die linken Regionalparteien die Idee einer postmodernen Demokratisierungswelle mit der Unabhängigkeit. Schon bald sollten Ihnen die bürgerlichen Kräfte hierbei folgen. In ökonomischer Hinsicht wird bei den linken und linksrepublikanischen Regionalisten der Schwerpunkt auf die angestrebten sozialen Reformen gelegt, während das bürgerliche Lager die Bedeutung einer faireren Beteiligung an den von Katalonien eingebrachten Finanzmitteln betont.

In dieser sozial angespannten Lage werden plötzlich die Beteiligung von König Juan Carlos I. an einer Elefantenjagd in Botswana im April 2012 und der Spendenskandal der Regierung Rajoy Anfang 2013 publik. Ein riesiger Aufschrei geht daraufhin durch die



spanische Öffentlichkeit. Beide Ereignisse sind Wasser auf den Mühlen der Linkspopulisten und werden in Katalonien von den Anführern der Separatismusbewegung geschickt genutzt, um die Massen gegen den Zentralstaat aufzupeitschen. Die Monarchie gerät in Katalonien erneut ins Kreuzfeuer, vor allem aufgrund der mehreren Millionen Euro an Kosten, welche diese inmitten der Wirtschaftskrise jährlich verursacht. Der Unmut der Bevölkerung gipfelt unterdessen in den separatistischen Kundgebungen zum 11. September der Jahre 2012 und 2013 in Barcelona, welche mit einer Beteiligung von jeweils mehr als einer Million Menschen jegliches bis dato gekanntes Ausmaß übertreffen.

Durchführung eines „konsultativen Referendums“ über die Unabhängigkeit im Jahr 2014

Nach dem Urteil des Verfassungsgerichts im Jahre 2010 werden von Zentral- und Regionalregierung erneut Verhandlungen bezüglich einer Neuformulierung des Autonomiestatuts aufgenommen. Mit der Ablösung der Sozialisten durch die konservative PP nach den Parlamentswahlen 2011 geraten diese Verhandlungen allerdings ins Stocken. Der neuen Zentralregierung wird seitens katalanischer Regionalpolitiker mangelnde Kompromissbereitschaft hinsichtlich der Fiskalbeziehungen vorgeworfen. Als Reaktion auf diese schwierige politische Lage und bestärkt durch die Kundgebung vom 11. September 2012 setzt das katalanische Parlament unter Führung von Ministerpräsident Mas eine Neuwahl des Regionalparlaments für den November 2012 an, aus denen die regionalistischen Parteien mit leichten Zuwächsen hervorgehen. In den Koalitionsverhandlungen zur Bildung einer Regionalregierung wird nun erstmals die Abhaltung eines Referendums zum zukünftigen Verhältnis Kataloniens zum spanischen Staat thematisiert. Letztlich entscheiden sich die beteiligten Parteien dazu, ein unverbindliches, konsultatives Referendum in den Koalitionsvertrag aufzunehmen, dessen genauere Ausgestaltung, etwa auch die dem Volk zu stellenden Fragen, erst noch ausgelotet werden soll.

Nur wenige Wochen nach der Regierungsbildung wird durch das Kabinett ein Gutachten zur Ermittlung der juristischen Möglichkeiten der Abhaltung eines konsultativen Referendums in Auftrag gegeben. Die Regionalregierung entscheidet sich letztlich für die Option, im spanischen Parlament gemäß Artikel 150 der spanischen Verfassung die Übertragung der Kompetenz für die Anberaumung und Durchführung eines „konsultativen Referendums über die politische Zukunft Kataloniens“ vom Zentralstaat auf die Region zu beantragen. Dieser Antrag scheitert erwartungsgemäß an den Stimmen der beiden großen Volksparteien PP und PSOE. Wenige Wochen später erklärt das spanische Verfassungsgericht eine Resolution des katalanischen Parlaments für verfassungswidrig und nichtig, wonach das Regionalparlament notfalls auch einseitig ohne Unterstützung durch die Organe des Zentralstaates ein konsultatives Referendum initiieren kann.

Nunmehr, nachdem der Versuch eines Antrages nach Artikel 150 der Verfassung gescheitert ist, beschließt man, eine nicht-referendielle Volksbefragung unverbindlicher



Natur durchzuführen, da die spanische Verfassung lediglich für Referenden eine Mitwirkung des nationalen Parlamentes vorsieht, zu anderen Formen der Volksbefragung jedoch schweigt. Auf Antrag der konservativen Zentralregierung wird das Gesetz zur Durchführung der Volksbefragung durch das Verfassungsgericht abermals für verfassungswidrig erklärt und kann somit nicht auf gesetzlicher Grundlage abgehalten werden. Das Gericht argumentiert damit, dass die Volksbefragung trotz der gegenteiligen Erklärung des Gesetzesentwurfs den Charakter eines Referendums hat. Die Regionalregierung reagiert hierauf mit der Absage der formellen Volksbefragung, setzt jedoch kurz darauf eine alternative Befragung für den 9. November 2014 an. Auch diese Abstimmung wird auf Klage der spanischen Regierung vom Verfassungsgericht ausgesetzt. Allerdings beschließt die Regionalregierung an der Abstimmung festzuhalten und verkündet, dass am 9. November Abstimmungslokale, Wahlurnen und Stimmzettel zur Verfügung stehen werden, ohne jedoch Wahlbenachrichtigungen an die Bürger zu schicken oder sonst über den Standort der Wahllokale zu informieren, geschweige denn Listen über die zur Wahl berechtigten Personen zu erstellen.

Knapp über 80 % der Wähler stimmen für die Unabhängigkeit, allerdings bei einer Beteiligung von schätzungsweise einem Drittel der wahlberechtigten Bürger. Bereits wenige Tage nach der Abstimmung wird gegen den Regionalpräsidenten Mas und seine Stellvertreterin ein Verfahren wegen Ungehorsam, Rechtsbeugung, Amtsanmaßung und Unterschlagung öffentlicher Mittel eröffnet.

Entwicklung seit 2015

Aufgrund der Gefahr einer Verurteilung führender katalanischer Regierungsmitglieder sowie mit dem Ziel, eine Mehrheit der Bevölkerung für die Abhaltung eines nunmehr verbindlichen Referendums zu gewinnen, werden für November 2015 erneut Wahlen zum Regionalparlament angesetzt. Eine neue Erscheinung im Wahlkampf stellt die Tatsache dar, dass sich alle katalanischen Regionalparteien nicht nur für die Durchführung der Abstimmung als solches, sondern auch für die Unabhängigkeit als Folge des Referendums einsetzen. Ein Wahlbündnis aus den beiden größten Regionalparteien für die Forcierung eines Referendums gewinnt mit knapp vierzig Prozent der Stimmen die Wahl deutlich. Carles Puigdemont wird zum neuen Ministerpräsidenten gewählt. Die Agenda der neuen Regierung ist klar: Unabhängigkeit so schnell wie möglich. Als Folge der gescheiterten Versuche, in Kooperation mit dem Zentralstaat ein nicht vom Franquismus diktiertes Autonomiestatut auszuhandeln bzw. das Volk über das zukünftige Verhältnis der Region zur spanischen Monarchie im Rahmen einer freien Abstimmung zu befragen, haben sich nun auch gemäßigte Teile der katalanischen Bevölkerung und ihre politischen Vertreter dieser radikalen Forderung zugewandt.

Seither lässt sich eine zunehmende Kompromisslosigkeit der Entscheidungsträger auf beiden Seiten beobachten. Die Regierung Rajoy lehnt jegliche Gespräche über eine Überarbeitung der 2010 vom Verfassungsgericht bemängelten Artikel des Autono-



miestatuts oder über die Abhaltung eines Referendums mit Hinweis auf die fehlende verfassungsrechtliche Grundlage ab. Die Wahrung der Integrität des Rechtsstaates habe Vorrang. Auf der anderen Seite unternimmt die Regionalregierung ohne ernsthaften Versuch der Mitwirkung des Zentralstaates Maßnahmen zur Unabhängigkeit. Vor allem letztgenannte bemühen sich um die Unterstützung anderer Länder, wohlwissend, dass keine Unabhängigkeitserklärung ohne Anerkennung durch andere Mitglieder Staatengemeinschaft zu einer faktischen Legitimation gelangen kann. Das Hauptargument, das andere Staaten, vor allem jedoch die eigene Bevölkerung überzeugen soll, für die Unabhängigkeit aktiv einzutreten, ist die Verteidigung der Demokratie. Die demokratischen Institutionen des spanischen Verfassungsstaates, allen voran die Justiz, werden hierzu in Zweifel gezogen, etwa wenn die Rechtsstaatlichkeit von Gerichtsverfahren gegen katalanische Führungspolitiker in Frage gestellt wird. So soll ein Bild entstehen, dass die Separatisten für eine Befreiung von der Unterdrückung durch den Zentralstaat stehen, welcher als Monarchie von Francos Gnaden dargestellt wird. Die Abhaltung eines Referendums stelle letzten Endes einen Akt der Demokratie dar. Ob wirklich eine kulturelle Unterdrückung stattfindet, wenn Katalonien eigene regionalstaatliche Rundfunksender unterhalten darf, Amts- und Unterrichtssprache in den Schulen das Katalanische ist und auch sonst keine Restriktionen hinsichtlich der katalanischen Kulturförderung durch öffentliche Mittel seitens des Zentralstaates auferlegt werden, vermögen die Regionalisten nicht zu beantworten. Das Interesse sich von anderen Regionalbewegungen abzuheben und den strikt gewaltlosen, weltoffenen, teils sozialrevolutionären Charakter der Bewegung zu verdeutlichen ist hoch. Dafür greifen die Regionalisten auf die Vorstellung einer nicht-ethnischen Identität Kataloniens zurück, die auf gemeinsamen Werten basiert und der sich jeder Bewohner Kataloniens ungeachtet seiner Herkunft und Sprache anschließen kann. Mitten in der Flüchtlingskrise, die Europa seit 2015 in Atem hält, rufen linksrepublikanische Regionalisten und andere Linkspopulisten, darunter die Bürgermeisterin von Barcelona, die Bevölkerung dazu auf, gegen Ihre Zentralregierung auf die Straße zu gehen, damit diese der von ihr zugesagten Aufnahme von Flüchtlingen nach dem europäischen Verteilungsschlüssel nachkommt. Über 160.000 Menschen nehmen im Februar 2017 an dieser weltweit einzigartigen Demonstration teil. Wie viel Altruismus einerseits und Kalkül andererseits hinter diesem Aufruf steckt, lässt sich indes nicht feststellen.

Als Zeichen der Unterdrückung wird ferner der unübersichtliche Finanzausgleich zwischen den spanischen Regionen hochgehalten, bei dem Katalonien in absoluten Zahlen der größte und pro Kopf der drittgrößte Nettozahler unter den Regionen ist. Je nach Herkunft der Quelle wird die jährliche Nettolast für Katalonien mal mit 2 % oder auch mit 8 % des Bruttonettoproduktes beziffert.

So gravierende Unterschiede der Zahlenangaben sind keine Ausnahme im Kampf um die Deutungshoheit hinsichtlich des Konfliktes. Beispielsweise wird der Zulauf bei Demonstrationen für die Unabhängigkeit in Barcelona bezüglich ein und demselben Datum wahlweise mit 200.000 oder mit 2 Millionen Teilnehmern beziffert. Jede Seite nimmt



dabei die Wahrheit für sich in Anspruch und wirft zugleich der anderen Seite gezielte Fehlinformation vor.

Wie bei den meisten postmodernen Protestbewegungen wird auch im Katalonienkonflikt von den sozialen Medien Gebrauch gemacht, um die Stimmung im Volk zu beeinflussen bzw. die Massen aufzupeitschen und für die jeweilige Richtung zu mobilisieren. Dabei sollen Videos von gewaltsamen Ausschreitungen der spanischen Zentralpolizei oder den Demonstranten die Gegenseite verächtlich machen. Die mangelnde Neutralität der Berichterstattung ist allerdings auch als ein die klassischen Medien betreffendes Problem zu beobachten. Allein durch die Tatsache, dass die im Rest Spaniens vertretenen Medien in Katalonien kaum Beachtung finden und sich ebenso mit der katalanischen Berichterstattung im Rest des Landes, möglicherweise auch aufgrund sprachlicher Barrieren, nur selten auseinandergesetzt wird, wird die Entfremdung beider Seiten verstärkt. Auffällig ist zudem die Nutzung unterschiedlicher Begrifflichkeiten, um den Konflikt zu beschreiben. So heißen die Regionalisten in Katalonien *independentistas*, während sie im Rest des Landes *separatistas* (Separatisten) genannt werden. Durch die Benutzung positiv oder negativ konnotierter Begriffe sollen die Befürworter der Unabhängigkeit in ein bestimmtes Licht gerückt werden. Dieses unterschiedliche „framing“ wird in Europa kaum wahrgenommen, zumal in der Regel von den Medienvertretern anderer EU-Länder einseitig die spanische Sichtweise und somit auch von dieser Seite benutzte Termini übernommen werden.

Ereignisse des Jahres 2017

Nach der Verabschiedung einer Resolution über das Referendum im Oktober 2016 entscheidet das spanische Verfassungsgericht erneut, dass ein Referendumsgesetz durch das katalanische Parlament verfassungswidrig wäre. Dennoch verabschiedet das Regionalparlament am 6. September 2017 das Referendumsgesetz, unterstützt von den protestierenden Massen auf den Straßen Barcelonas und anderer katalanischer Großstädte. Trotz der Drohung mit Verhaftungen bzw. der generellen Verfolgung durch die Justiz sagen 682 von 726 befragten Gemeinden ihre Unterstützung für das erneut unverbindliche, dieses Mal jedoch formell beschlossene Referendum über die katalanische Unabhängigkeit am 1. Oktober 2017 zu. Trotz massivem Polizeieinsatz und teilweise gewaltsamen Eingreifen auf Geheiß der spanischen Zentralregierung wird eine Beteiligung von über 42 % der Abstimmungsberechtigten erreicht, von denen knapp über 90 % für die Unabhängigkeit stimmten.

Als Reaktion auf die illegale Abstimmung stimmt das spanische Parlament der Aktivierung des Artikels 155 der Verfassung zu, wonach die Regierung ermächtigt wird, die Regionalregierung abzusetzen und Amtsgeschäfte der Region selbst zu übernehmen. Teile der katalanischen Kabinettsmitglieder, darunter Ministerpräsident Puigdemont fliehen daraufhin ins Ausland. Zum Einen um der Strafverfolgung durch die, nach ihrer Aussage, nicht unabhängigen spanischen Justiz zu entgehen. Zum Anderen um



Vertreter der EU davon zu überzeugen, vermittelnd auf die Konfliktparteien einzuwirken. Die Interimsregierung entscheidet sich kurz nach Übernahme der Regierungsverantwortung in Katalonien zur Anberaumung von Parlamentswahlen am 21. Dezember 2017. Madrid hofft somit auf einen Mehrheitsverlust der separatistischen Parteien im Regionalparlament. Eine neugewählte Regierung aus Unionisten und Gemäßigten soll dann mit der Zentralregierung einen Dialog in dessen Sinne anregen und das Thema Unabhängigkeit möglichst schnell aus dem Fokus der Menschen geraten. Allerdings führt das regionale Wahlsystem zur Bevorteilung ländlicher gegenüber städtischen Provinzen, in denen die Regionalisten traditionell schwächer vertreten sind. Dies hat bereits bei den letzten Wahlen zu einer parlamentarischen Mehrheit der separatistischen Regionalparteien geführt, obwohl diese die Mehrheit der Wählerstimmen knapp verpasst haben. So ist es letztlich erneut bei den vor Kurzem abgehaltenen Wahlen gekommen: mit knapp 47 % der Wählerstimmen haben die Befürworter der Unabhängigkeit ca. 52 % der Parlamentssitze gewinnen können. Allerdings haben mit insgesamt fast 45 % ebenso wenig die Gegner einer Abspaltung die Mehrheit der Wählerstimmen gewonnen. Den Rest stellt die katalanische Schwesterpartei der linkspopulistischen Podemos-Bewegung, welche zwar nicht für die Unabhängigkeit wirbt, jedoch für das Recht Kataloniens zur Abhaltung eines Referendums eintritt. Hierbei fordert sie jedoch die Kooperation des Zentralstaates ein und möchte Alleingänge der Regionalregierung vermeiden. Die Referendumsbefürworter stellen somit weiterhin eine klare Mehrheit unter den katalanischen Wählern sowie im Regionalparlament.

Ausblick

Die Verantwortlichen in Madrid zeigen sich überrascht und enttäuscht von dem Ausgang der Wahl. Das Manöver Rajoys mit einer Neuwahl scheint vorerst fehlgeschlagen. Es drängt sich der Eindruck auf, dass diese Krise von der spanischen Regierung nicht wie die vorangegangenen ohne jegliche Gesprächsbereitschaft ausgesessen werden kann. Auch der spanische König Felipe VI. hat sich in einer Fernsehansprache zu Wort gemeldet und die Katalanen zur Kompromissbereitschaft gemahnt. Erneut geht damit die spanische Monarchie infolge mangelnder Neutralität das Risiko, den Zorn auch gemäßigter Katalanen auf sich zu ziehen, die sich aufgrund des schon eingetretenen Exodus von Wirtschaftsunternehmen eigentlich nach Ruhe in Ihrer Heimat sehnen. In diesem Sinne müsste die spanische Monarchie wohl eher eine vermittelnde als eine mahnende Rolle einnehmen, um die völlig zerstrittenen Parteien wieder an einen Verhandlungstisch zu bringen. Wie es weitergeht, vermag in diesen Tagen niemand genau vorherzusagen. Lediglich eine Erkenntnis lässt sich aus den jüngsten Ereignissen ziehen. Neuwahlen durchführen zu lassen und dabei zu hoffen, dass das Volk irgendwann im Sinne der Politiker wählt, kann keinen ernstzunehmenden Weg aus der Krise darstellen. Gesprächs- und Kompromissbereitschaft von beiden Seiten



sind die Schlagwörter der Stunde, wobei die Zentralregierung aufgrund Ihrer überlegenen Machtposition wohl weiterhin schwieriger davon zu überzeugen sein könnte, einige Schritte auf den politischen Gegner zuzugehen.

Auf Seiten der Separatisten sind Optionen zur Einleitung einer Entspannung klar: die Bestrebungen eines ohne Billigung des Zentralstaates durchgeführten Referendums sind einzustellen, um einen ernsthaften Diskurs über die Ausweitung der Autonomierechte zu ermöglichen. Erst im Falle des Scheiterns kann dann in Kooperation mit dem Zentralstaat über die Abhaltung eines Referendums nachgedacht werden, möglicherweise jedoch erst nach einem Regierungswechsel in Madrid.

Bei der Zentralregierung gestaltet sich die Beschreitung eines kompromissorientierten Weges schwieriger. Durch ihr striktes Nein zu Reformen der spanischen Finanzverfassung hat sie sich letztlich Ihrer Handlungsmöglichkeiten beraubt. Dennoch erscheint ein solches Angebot eine ernsthaft in Erwägung zu ziehende Maßnahme zu sein, um den Befürwortern einer Unabhängigkeit in Katalonien schlagende Argumente zu entziehen. Zudem ist davon auszugehen, dass ein kooperativ beschlossenes Referendum nach einem fairen Wahlkampf, ähnlich dem schottischen Referendum im Vereinigten Königreich, ohnehin zugunsten des Zentralstaates ausgehen wird. Die bisher verfolgte Verweigerungshaltung könnte sich insoweit als kontraproduktiv erwiesen haben.

Schließlich könnte nach dem erneuten Wahlerfolg der Separatisten die EU gefordert sein, ihre Position zu der Krise zu überdenken und vermittelnd auf die Parteien einzuwirken. Dies kann jedoch, solange nicht beide Seiten um eine Schlichtung bitten, allenfalls hinter verschlossenen Türen geschehen, da die EU anderenfalls ihre Kompetenzen überschreiten würde. Zudem besteht weiterhin das Risiko, der Separatismusbewegung Auftrieb zu geben, indem deren Standpunkte als vertretbar legitimiert werden. Allerdings stellt sich hierbei die Frage, ob der Vertretbarkeit separatistischer Positionen seitens der EU ernsthaft etwas entgegengesetzt werden kann, wenn zum wiederholten Male eine klare Mehrheit der katalanischen Wähler den Parteien ihr Vertrauen ausgesprochen hat, die sich für die Abhaltung des Referendums unabhängig von deren Ausgang einsetzen.